

Ihre Gesprächspartner:

Andreas Stangl

Klaus Riegler

Präsident der AK Oberösterreich

AK-Bezirksstellenleiter Freistadt

**Bilanz 2025 der AK Freistadt:
Mehr als 4 Millionen Euro für
Mitglieder erreicht**

Pressekonferenz

Freitag, 6. Februar 2026, 9 Uhr

Arbeiterkammer Freistadt

Das vergangene Jahr war geprägt von Krisen und Herausforderungen. Die Konjunktur schwächelte, die Inflation blieb weiterhin hoch, die Zahl der Insolvenzen stieg in Oberösterreich weiter und das Gesundheitssystem steht an der Kippe. Auch arbeitsrechtliche Verstöße und vorenthaltene Pensions- oder Pflegegeldansprüche standen auf der Tagesordnung. Im Konsumentenschutz dominierten Anfragen zum Mietrecht, zum Versandhandel sowie zu Gewährleistung und Garantie. All das sorgte dafür, dass die Beratungs- und Vertretungsleistungen der AK Oberösterreich sehr gefragt waren. Der für die Mitglieder erkämpfte Gesamtbetrag war mit 212,5 Millionen Euro so hoch wie nie zuvor.

Zu einem Beratungsschwerpunkt hat sich in den vergangenen Jahren das Thema Pflegegeld entwickelt. Häufig halten die Begutachtungen zur Einstufung der Pflegestufe einer Überprüfung nicht stand. Die AK gewinnt im Durchschnitt jeden Tag zwei Gerichtsverfahren, in denen eine höhere Einstufung festgestellt wird. Von 2021 bis 2025 ist die Zahl der Pflegegeldberatungen um 75 Prozent und die Zahl der erfolgreich abgeschlossenen Fälle um knapp 71 Prozent gestiegen.

Die Arbeiterkammer fordert eine lückenlose Aufklärung, wie solche Begutachtungen zustande kommen, die regelmäßig korrigiert werden müssen. Es kann nicht sein, dass laufend falsche Einstufungen erfolgen und die Gerichte bemüht werden müssen, um angemessene Einstufungen zu erzielen. Auffällige Fehlbegutachtungen müssen auch Sanktionen zur Folge haben.

Mietrecht, Versandhandel und Kreditbearbeitungsgebühren

Im Konsumentenschutz gab es die meisten Anfragen zum Mietrecht und zu gemeinnützigem Wohnen, zum Versandhandel, zu Gewährleistung und Garantie sowie zu Kreditbearbeitungsgebühren. Einen Erfolg verbuchte die AK mit ihrem Einsatz gegen die Parkplatz-Abzocke wegen angeblicher Besitzstörung. Hier wurde eine Gesetzesänderung erreicht. Erfolgreich war auch eine Klage gegen den Online-Riesen Zalando: Das Oberlandesgericht Linz hat die Vertragsklausel, dass Gutscheine nach fünf Jahren wertlos sind, als rechtswidrig befunden. Auch die Einschränkung, dass pro Kauf nur Gutscheine im Wert von 200 Euro eingelöst werden können, widerspricht dem Gesetz.

Fragen zur Aus- und Weiterbildung

Bildungsberatungen stehen bei den AK-Mitgliedern ebenfalls hoch im Kurs und drehen sich häufig um Fragen der Aus- und Weiterbildung, um das Nachholen von Bildungsabschlüssen, berufliche Neuorientierung sowie die Förderung von Bildungsvorhaben.

Knapp 19.000 Rechtsfälle abgeschlossen

In Summe wandten sich im vergangenen Jahr 328.242 Menschen mit ihren Fragen, Anliegen und Problemen an ihre Arbeiterkammer. Knapp 19.000 Rechtsfälle in arbeits- und sozialrechtlichen Angelegenheiten sowie in Insolvenzverfahren und im Konsumentenschutz wurden gerichtlich oder außergerichtlich abgeschlossen. Insgesamt konnte die AK Oberösterreich 2025 für ihre Mitglieder mehr als 212 Millionen Euro erreichen.

AK-Direktleistungen an die Mitglieder

Die AK Oberösterreich hat ihre Mitglieder auch im vergangenen Jahr direkt und unkompliziert finanziell unterstützt:

- Neu eingeführt wurde im Juli der Mundhygienebonus. Hier erhält jedes Mitglied (ab 18 Jahren) für die Zahnprophylaxe einmalig 50 Euro, die Aktion läuft bis Juni 2026. Bisher wurden 42.254 Anträge freigegeben und eine Summe von 2.112.700 Euro ausgeschüttet.
- Abgeschlossen wurde im Juli 2025 der im September 2024 eingeführte AK-Klassenfahrtsbonus. Damit entlastete die AK Oberösterreich ihre Mitglieder bei den Beiträgen für kostenpflichtige Wandertage, Kennenlertage, Skikurse oder Sprachwochen. Der Klassenfahrtsbonus wurde insgesamt 31.331-mal gewährt. Die Fördersumme betrug 4.644.150 Euro.
- Lehrlingen gewährt die AK den Mobilitätsbonus in Höhe von einmalig 100 Euro. Um diesen Bonus zu bekommen, müssen die Lehrlinge entweder ein Jugendticket Netz des OÖ Verkehrsverbundes oder ein Klimaticket haben. Mit dem Bonus, der bisher 15.817-mal gewährt wurde, sollen die jungen Menschen zur häufigeren Öffi-Nutzung motiviert werden.

- Den Zuschuss zum Fahrsicherheitstraining für Mitglieder unter 26 Jahren in Höhe von 100 Euro hat die AK Oberösterreich im vergangenen Jahr 5.139-mal ausbezahlt. Mit ihm soll die Mobilität junger Menschen gefördert werden.
- Der AK-Bildungsbonus in Höhe von 150 Euro, mit dem die AK die Aus- und Weiterbildung ihrer Mitglieder fördert, wurde im vergangenen Jahr 4.519 Personen gewährt.

Thema Gesundheit ist wichtig

Auch das Thema Gesundheit lag den AK-Mitgliedern im Bezirk Freistadt sehr am Herzen. Nur mehr 46 Prozent der Befragten im Mühlviertel sind mit unserem Gesundheitssystem zufrieden. Jene Personen, die an chronischen Erkrankungen leiden, betrachten das Gesundheitssystem noch kritischer. Oberösterreichweit stellen nur 38 Prozent dieser Gruppe der Gesundheitsversorgung ein positives Zeugnis aus, im Vergleich zu 48 Prozent derjenigen, die an keinerlei chronischen Beschwerden leiden.

58 Prozent der Befragten aus dem Mühlviertel fühlen sich durch das lange Warten auf einen Termin bei einer Fachärztin oder einem Facharzt, für eine Untersuchung oder für eine Operation stark oder sehr stark belastet. Patient:innen, die es sich leisten können, weichen auf Wahlärzt:innen aus, auch private Krankenversicherungen boomen. 7 Prozent der Menschen im Mühlviertel suchen ausschließlich oder überwiegend Wahl- und Privatärzt:innen auf und begründen das damit, dass sie dort schneller einen Termin bekommen, sich besser aufgehoben fühlen und nicht einfach „abgefertigt“ werden. Die AK Oberösterreich fordert deshalb die politischen Entscheidungsträger:innen auf, endlich etwas gegen diesen zunehmenden Trend zur Zwei-Klassen-Medizin zu unternehmen.

AK Freistadt half im vergangenen Jahr mehr als 4.500-mal

Aktuell sind im Bezirk Freistadt 27.861 AK-Mitglieder mit Hauptwohnsitz gemeldet. Viele von ihnen nutzen die Leistungen der Arbeiterkammer. Ob rasche Hilfe bei arbeits- und sozialrechtlichen Angelegenheiten oder bei Fragen rund um Weiterbildung: Das Beratungsangebot in der AK Freistadt findet großen Anklang bei den Mitgliedern. Das zeigt auch die Statistik. Im Jahr 2025 wandten sich Rat- und

Hilfesuchende 4.516-mal an die AK Freistadt: in 3.119 Fällen telefonisch, in 1.056 Fällen persönlich (inklusive 25 Bildungsberatungen) und in 341 Fällen per E-Mail.

Mehr als 4 Millionen Euro für AK-Mitglieder

Bei vielen Arbeitsrechtsproblemen reicht eine Beratung nicht aus. Die AK muss dann bei den Arbeitgebern intervenieren. Außergerichtlich hat die AK Freistadt 330.220 Euro an vorenthaltenem Entgelt hereingebracht. Manche Arbeitgeber lassen es aber auf einen Streit vor Gericht ankommen, dort erkämpfte die AK Freistadt im vergangenen Jahr für ihre Mitglieder 33.324 Euro. Insgesamt sind das 363.543 Euro.

Von den insgesamt 88 Arbeitsrechtsfällen stammen 74 Fälle und somit 84 Prozent aus Betrieben ohne Betriebsrat. Daran erkennt man, wie wichtig eine betriebliche Interessenvertretung für die korrekte Bezahlung der Arbeitnehmer:innen und die Einhaltung des geltenden Arbeitsrechts ist.

Hauptsächliche Gründe dafür waren Endabrechnungsdifferenzen (46) von beendeten Arbeitsverhältnissen, offenes Entgelt (23) sowie unbegründete Entlassungen (9).

In 89 Sozialrechtsangelegenheiten erstritt die AK Freistadt im vergangenen Jahr 3.192.525 Euro. Dabei ging es überwiegend um die Themen Pension und Pflegegeld. Zusätzlich wurden 2025 für 39 Arbeitnehmer:innen aus 10 insolventen Betrieben im Bezirk Freistadt 514.352 Euro durchgesetzt.

In Summe hat die AK Freistadt im Vorjahr an arbeits- und sozialrechtlichen Ansprüchen sowie an Forderungen nach Insolvenzen für ihre Mitglieder Zahlungen von insgesamt 4.070.420 Euro erreicht. Das zeigt, wie wichtig eine regionale Anlaufstelle ist. Damit alle Mitglieder möglichst einfach zu ihrem Recht kommen, setzt die AK ganz bewusst bei ihren Serviceleistungen auf Wohnortnähe. Sie bietet ihnen die Möglichkeit, sich Rat und Hilfe direkt in ihrer Region zu holen.

AK kämpft um jeden Euro

In ihrem Engagement für ihre Mitglieder macht die Arbeiterkammer keinen Unterschied, ob es sich um große oder kleine Beträge handelt. So erkämpfte die AK Freistadt nach einer Intervention einen Betrag von 18 Euro für eine Frau, die ein offenes Zeitausgleichsguthaben hatte. Den höchsten Betrag, nämlich 65.394 Euro, erhielt eine Frau, die von ihrem Arbeitgeber gekündigt wurde, obwohl sie schwanger

war. Erst nach Intervention der AK Freistadt nahm der Arbeitgeber die Kündigung zurück, die Frau ist nach wie vor bei dieser Firma beschäftigt.

Ein Fall aus dem Arbeitsrecht:

Ein 45-jähriger Mann war über einen Arbeitskräfteüberlasser bei einer Firma als Maschinenführer tätig. Als er an einem freien Wochenende einen Herzinfarkt erlitt, wurde er ins Spital gebracht und war daher im Krankenstand. Der Arbeitskräfteüberlasser übermittelte ihm drei Tage später die einvernehmliche Auflösung des Dienstvertrages. Da dies während des Krankenstandes passierte, stand dem Maschinenführer die volle Entgeltfortzahlung für sechs Wochen und das halbe Entgelt für weitere vier Wochen zu.

Weiters wurden die dem Beschäftigten zustehenden Diäten sowie der Fahrtkostenersatz nicht abgerechnet. Nach mehrmaliger Intervention durch die AK Freistadt hat der Arbeitgeber einen Teil der Ansprüche ausbezahlt. Das waren 2.395 Euro. Die Entgeltfortzahlung und die Aufwandsentschädigungen musste die AK Freistadt jedoch gerichtlich einklagen. Mit Erfolg! Da der Arbeitgeber jedoch trotz zweier rechtskräftiger Zahlungsbefehle noch immer nicht bezahlte, wurde von der AK Freistadt eine Exekution beantragt. Erst danach war der Arbeitgeber bereit, den offenen Betrag von 9.785 Euro zu bezahlen. Insgesamt wurden damit 12.180 Euro für den Beschäftigten erkämpft.

Ein Fall aus dem Sozialrecht:

Weil der Pflegeaufwand für ihren mehrfach behinderten vierjährigen Sohn immer mehr wurde, suchten die Eltern bei der Pensionsversicherungsanstalt (PVA) um eine Erhöhung des Pflegegeldes der Stufe 2 an. Wenig später erhielten die Eltern einen Bescheid der PVA, in dem ihnen Stufe 3 zuerkannt wurde. Da den Eltern diese Erhöhung als zu niedrig erschien, suchten sie Hilfe bei der AK Freistadt, die gegen die PVA-Entscheidung klagte. Der gerichtliche Gutachter stellte schließlich einen „außergewöhnlichen“ Pflegeaufwand von 185 Stunden pro Monat und eine dauernde Pflegebereitschaft fest. Die Familie aus dem Bezirk Freistadt bekam daher vom Gericht sogar Pflegestufe 5 zugesprochen.

AK Freistadt – Serviceangebot**Öffnungszeiten:**

Montag bis Donnerstag: 7:30 Uhr bis 16 Uhr

Freitag: 7:30 Uhr bis 13:30 Uhr

Persönliche Beratung: während der Öffnungszeiten nach Terminvereinbarung unter +43 (0)50 6906-4312

Telefonische Beratung: während der Öffnungszeiten unter der Telefonnummer +43 (0)50 6906-1 – aus ganz Oberösterreich

Bildungsberatung: jeden zweiten Mittwoch nach Terminvereinbarung unter +43 (0)50 6906 4312

Kontaktdaten:

4240 Freistadt, Zemannstraße 14

Tel: +43 (0)50/6906-4312

Homepage: ooe.arbeiterkammer.at/freistadt

E-Mail: freistadt@akoee.at